

## Inhalt

Ingrid Sehrbrock: Es gibt keine Alternative zur Reform	1
DGB führt Gespräche mit Bund und Ländern	1
Zahlen, Daten, Fakten: Beschäftigte im öffentlichen Dienst weiter rückläufig	2

Berlin | 11. Februar 2004  
Sonderausgabe

DGB

# INFORMATIONEN für Beamtinnen und Beamte

[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

### Ingrid Sehrbrock: Es gibt keine Alternative zur Reform

#### Mut nicht verlieren

Das Beamtenrecht unter veränderten Konstellationen im Sinne der Beschäftigten zu gestalten, ist ein schwieriger Prozess. In den vergangenen Jahren ist die Geduld der Beamtinnen und Beamten auf eine harte Probe gestellt worden. Der Unmut ist groß. Wer nimmt eigentlich wirklich zur Kenntnis, was sie für die Bürgerinnen und Bürger leisten?

Mit dem Hinweis auf die Unkündbarkeit und andere „Privilegien“ werden immer wieder materielle Einschnitte gerechtfertigt und die Motivation schwindet Schritt für Schritt.

In einem solchen Klima Reformen voranzubringen, wird ein schwieriges Unterfangen werden. Aber wir haben keine Alternative. Wir werden im Dialog mit den „Dienstherren“ die Interessen unserer Mitglieder vertreten.

Wir wissen, wir haben die besseren Konzepte. In der Vergangenheit haben wir – wenn auch nach längerer Bedenkzeit der Arbeitgeber – manche gewerkschaftliche Forderung durchsetzen können. Manche Zumutung konnten wir abmildern. Auch dies ist heute schon ein Erfolg. Wir haben aber auch manche Niederlage einstecken müssen. Dies entmutigt uns nicht, unsere Argumente zu schärfen, neue Ideen zu entwickeln und – wenn nötig – auch wieder zum Protest aufzurufen.

An drei Aufgaben wirken wir mit: Wir begleiten die Arbeit der Föderalismuskommission mit eigenen Positionen. ►

### DGB führt Gespräche mit Bund und Ländern

## Dialog für ein modernes Berufsbeamtentum

**Fragen nach Perspektiven und zukünftigen Anforderungen ihres Berufs treiben Beamtinnen und Beamte seit längerem um. Der DGB will sie im Dialog mit Bund und Ländern offensiv angehen.**

Welche Leistungsanforderungen müssen Beamtinnen und Beamte zukünftig erfüllen und wie werden sie dafür bezahlt? Wie wird der öffentliche Dienst im Wettbewerb um Nachwuchskräfte abschneiden? Ein anderes Thema, das nicht nur VersorgungsempfängerInnen interessiert, ist die Beamtenversorgung, die auf die Bevölkerungsentwicklung reagieren muss. Hinzu kommt, dass Bund und Länder ihre Zuständigkeiten neu ordnen wollen. Wo liegen zukünftig die Kompetenzen für die Gestaltung des Beamtenrechts?

Die öffentlichen Arbeitgeber machen sich ihre Gedanken, hier und da wird manche Idee bekannt. Es gibt zwei Alternativen, mit dieser Entwicklung umzugehen: Wir stecken den Kopf in den Sand und hoffen, dass der Sandsturm über uns hinweggeht. Oder wir lassen uns auf einen Dialog mit den Arbeitgebern ein, um die gewerkschaftlichen Vorstellungen einzubringen und möglichst auch umzusetzen.

Der DGB und seine Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich für die zweite Variante entschieden. Sie wollen den Dialog führen und die zukünftigen Reformen mitgestalten. Basis sind die gewerkschaftlichen Positionen.

Wir wollen endlich „verhandeln statt verordnen“! Der Dialog ist hierbei der erste Schritt. Welches Ergebnis am Ende steht, hängt von vielen Faktoren ab. Doch wir wissen: Selbst unter der heutigen Verfassung ist mehr möglich als wir bisher politisch durch-

setzen konnten. Wir erwarten, dass die von der Bundesregierung ausgerufene Leitlinie „Innovation“ erweiterte Beteiligungsrechte im Beamtenbereich ermöglicht.

Unser Ziel ist, ein möglichst bundes einheitliches Beamtenrecht zu gestalten. Der Trend der aktuellen Debatte geht in eine andere Richtung. Welches Chaos so entstehen kann, zeigen die Öffnungsklauseln bei Weihnachts- und Urlaubsgeld. Die gewerkschaftliche Debatte weist deshalb einen anderen Weg. Die Bundesrepublik Deutschland ist trotz ihrer Größe für eine „Kleinstaaterlei“ der Länder im Beamtenrecht zu klein.

Die Innenministerkonferenz hat Leitlinien vorgelegt. Der DGB wird noch im Februar den Dialog mit den Ländern über diese Aussagen aufnehmen. Wir werden vor allem testen, ob die besondere Rolle, die dem Berufsbeamtentum seitens der Länder zugeschrieben wird, auch für die Gestaltung des Beamtenrechts Folgen hat, besonders wenn es darum geht, die Leistungsbereitschaft der BeamtInnen zu honorieren.

Mit dem Bundesinnenministerium werden wir alle Themen offen besprechen. Das beginnt bei einer anforderungs- und funktionsgerechten Besoldung, einem zukunftsfähigen Laufbahnrecht und hört auch bei der transparenten und nach Kriterien ausgerichteten leistungsorientierten Bezahlung noch nicht auf.

Wir wollen, dass die Veränderungen des Beamtenrechts nicht über unsere Mitglieder hereinbrechen. Wir wollen mit unserer Dialogbereitschaft dazu beitragen, dass im Beamtenrecht tatsächliche Reformen erreicht werden, die von den Beschäftigten akzeptiert werden können und Vorteile für beide Seiten bringen – für die Beamtinnen und Beamten und die Arbeitgeber.

Fortsetzung von Seite 1

Mit der Innenministerkonferenz werden wir über die Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts sprechen.

Den schon lange geforderten Dialog mit dem Bundesinnenministerium können wir endlich beginnen.

Es geht darum, faire Einkommens- und Arbeitsbedingungen unserer beamteten Mitglieder zu sichern und weiterzuentwickeln. Dazu brauchen wir die Unterstützung jeder Kollegin und jedes Kollegen.

Macht in den Personalversammlungen deutlich, wo die Schmerzgrenze liegt, welche Reformen ihr wollt und was ihr von Arbeitgebern und Politik erwartet. Es schadet auch nicht, in der Öffentlichkeit und an den Stammtischen dieser Republik für eure Interessen zu streiten.

Ingrid Sehrbrock  
Mitglied des Geschäftsführenden  
DGB-Bundesvorstandes

## Ver.di



Feuerwehrlaute arbeiten praktisch rund um die Uhr. Mit 24-Stunden-Schichten kommen sie auf etwa 240 Stunden im Monat. Das ist eine enorme Belastung, die gesenkt statt gesteigert werden muss. Was sie brauchen, sind Arbeitszeitregelungen, die modernsten Arbeitsschutzkenntnissen Rechnung tragen. Leistung soll sich lohnen. Warum soll die Tätigkeit von FinanzbeamtInnen, die durchaus „rentabel“ ist, nicht mit Prämien für die zügige Bearbeitung von Steuererklärungen zusätzlich belohnt werden? Das sind Vorschläge, die auf andere Berufe übertragbar sind.

## GdP



Beförderungstaus sind an der Tagesordnung und verhindern eine gerechte Bezahlung. Frustration breitet sich aus. Motivation kann erreicht werden, wenn das Laufbahnrecht verbessert und die Besoldung stärker an der Aufgabenwahrnehmung ausgerichtet wird. Beförderungen dürfen nicht zum Spielball der PolitikerInnen werden. Wir plädieren im Rahmen der Neuge-

staltung des öffentlichen Dienstrechts dafür, dass die Stellenplanobergrenzen wegfallen.

## GEW



Vom Dialog für ein modernes Berufsbeamtentum müssen auch Impulse für die Gesundheitsförderung im öffentlichen Dienst ausgehen. Zentrale Bedeutung hat, dass die Arbeitgeber mehr Verantwortung für verbesserte Arbeitsbedingungen übernehmen und die Arbeitsverdichtung abnimmt. Nur dadurch wird es möglich, die hohe Zahl der Frühpensionierungen bei LehrerInnen zu senken.

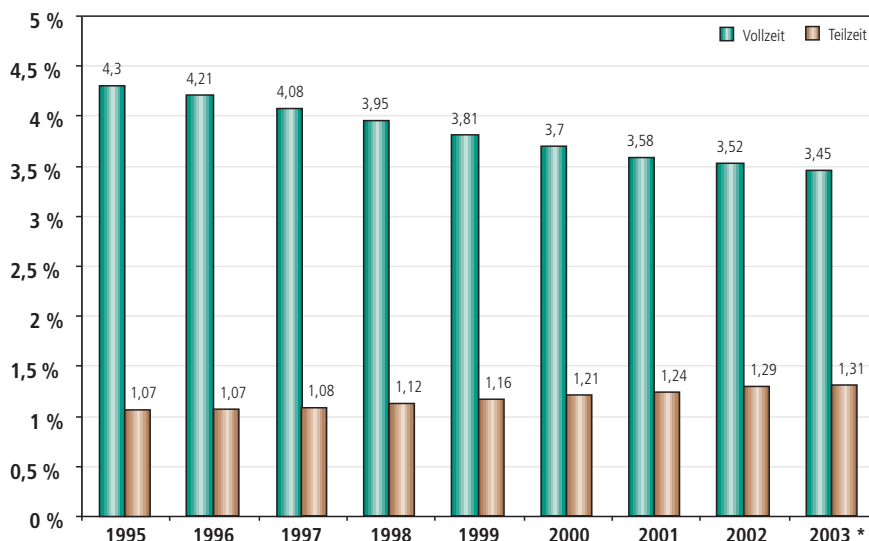
## TRANSNET



Die Arbeitsverdichtungen für die BeamtInnen bei den privaten Unternehmen fordern ein hohes Maß an fachlicher Flexibilität und Mobilität. Hinzu kommen die besondere Belastung durch Schicht- und Wechseldienst sowie der Einsatz bei oft widrigen Witterungsverhältnissen. Dies muss bei dem Dialog besonders beachtet werden. Auch müssen die Versorgungseinschnitte der letzten Jahre angesprochen werden. Sie führen im einfachen und mittleren Dienstes dazu, dass die Mindestversorgung oft zur Regelversorgung wird.

## Zahlen . Daten . Fakten

### Beschäftigte im öffentlichen Dienst weiter rückläufig



\* Vorläufiges Ergebnis. In den Zahlen sind auch die Beschäftigten der Zweckverbände, des Bundeseisenbahnvermögens und des mittelbaren öffentlichen Dienstes enthalten.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004

Sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch die Zahl der Stellen im öffentlichen Dienst sinkt. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes wird eine Stelle immer häufiger von mehr als einer Person besetzt. Mitte vergangenen Jahres waren rund 1,1 Millionen Menschen bei Bund, Ländern und Gemeinden in Teilzeit beschäftigt. Das entspricht einer Quote von 28 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr gab es 57.000 Vollzeitkräfte weniger, aber 15.000 Teilzeitarbeitsplätze mehr. Ein Grund dafür ist die gestiegene Zahl der Beschäftigten, die Altersteilzeit in Anspruch nehmen: Rund 125.000 MitarbeiterInnen haben diese Möglichkeit im Berichtsjahr genutzt.

## IGBAU / IG BCE



Mit den Öffnungsklauseln beim Weihnachts- und Urlaubsgeld haben auch ForstbeamtInnen sowie BeamtInnen der Bergaufsicht gesehen, was solche Vorstöße bewirken. Das Weihnachtsgeld ist gekürzt worden und das Urlaubsgeld wurde verringert oder ganz gestrichen. Dies ist auf unseren Unmut und unser Unverständnis gestoßen. Darüber hinaus trägt es nicht zur Motivationsförderung bei.



## Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abt. Öffentlicher Dienst/ Beamte,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Tel.: 0180/583-5226,  
Fax: 0180/532-9226  
infoservice@beamten-informationen.de  
www.beamten-informationen.de  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Barbara  
Haas, Silke Raab  
Druck: toennes druck + medien gmbh,  
erkrath;  
Gestaltung: twmd GmbH